

ZeitZeichen

NUMMER 3 | OKTOBER 2019 | Magazin der Kath. ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich | 64. Jahrgang | 4 Euro | Jahresabo 17€

System- wandel JETZT

Mit
Regionalteil:
Steiermark
und Wien

FOTO: GNUBIER_PIXELIO.DE



Es braucht den sozial-ökologischen Wandel

Die Rolle der katholischen Soziallehre bei der Suche nach neuen Wegen **Seite 9–10**

Hier arbeitet ein Mensch

Mit der „Sezionieri“-Kampagne gegen die Ausbeutung von ErntehelferInnen **Seite 12–13**

Der Überreichtum weniger zerstört die Demokratie

Eine Positionierung und eine Buchbesprechung von Markus Marterbauer **Seite 4**

EDITORIAL

ZUR PERSON

Elisabeth Ohnemus ist Germanistin, Theologin und diplomierte Sozialarbeiterin. Sie ist derzeit tätig als Pressereferentin der Katholischen Frauenbewegung Österreichs, als freie Journalistin und in der Erwachsenenbildung mit Schwerpunkt „politische Bildung“. **FOTO: P. SCHREIBER**



Systemwandel jetzt: Die Forderung nach einer umfassenden sozial-ökologischen Transformation, ganz im Sinne der Enzyklika „Laudato si“ von Papst Franziskus, war ein zentrales Anliegen beim Treffen der deutschsprachigen Katholischen ArbeitnehmerInnen-Bewegungen in München vergangenen Juni. Eine Analyse und Argumente für die Forderung lieferte Bernhard Leubolt von der Katholischen Sozialakademie Österreichs (S. 9 – 10), einer der ReferentInnen zum Tagungsthema „Zukunft der Arbeit“ im Spannungsfeld von Klimawandel, Ressourcenknappheit, Digitalisierung und dem Anspruch auf ein gutes Leben für alle (Presseaussendung zur Tagung S. 8).

Um den Klimawandel und dadurch veränderte Rahmenbedingungen für Arbeit und Gesellschaft ging es auch in der KAB Steiermark bei einem Vortrag von Gottfried Kirchengast (S. 16), und einmal mehr meldete sich im Vorfeld der Nationalratswahl die Katholische Aktion Österreichs, der die KABÖ als Teilorganisation angehört, mit der Forderung nach einem ökosozialen Steuersystem, u.a. einem Ökobonus und der Unterstützung des Klimavolksbegehrens zu Wort.

Zweiter Schwerpunkt der jüngeren Debatte in der KAB ist das Ringen um und für Demokratie und Menschenrechte. „Meinungs-Bildung“ statt „Meinungsmache“ will KABÖ-Vorsitzende Anna Wall-Strasser auf dem politischen Parkett verwirklicht sehen und fordert ein Politikverständnis, das sich an Menschenwürde und sozialer Gerechtigkeit orientiert (S. 3). Das von der KAB mitbegründete Bündnis „Christlich geht anders“ hat diesen Ansatz seines nunmehr dreijährigen Engagements in einer Publikation niedergelegt, die dieser Tage der Öffentlichkeit unter dem Titel „Solidarisch antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen“ präsentiert wird (S. 20 und S. 5). Und der „Solidaritätspakt Zivilgesellschaft“, ebenfalls von der KABÖ mitgegründet, gibt mit einer Publikation unter dem Titel „Was unsere Demokratie jetzt braucht“ einen konkreten Leitfaden für demokratiepolitisches Engagement in die Hand (S. 6). Eine weitere Stimme im Diskurs ist der Wirtschaftswissenschaftler Markus Marterbauer, der für eine Vermögenssteuer plädiert und auf die Analyse von Österreichs bedeutendstem Vermögensforscher, Martin Schürz, verweist. Auch der hat ein Buch veröffentlicht: „Überreichtum“ (S. 4). Markus Marterbauer: „Überreich sind jene, die zu viel haben, fundamentale Gerechtigkeitsprinzipien verletzen und die Demokratie zerstören“.

Wo Menschenwürde Prinzip politischen Handelns ist, hat das

auch Auswirkungen auf die Organisation von Arbeit. „Mensch. Würde.Arbeit“ überschreibt der oberösterreichische Betriebsseelsorger Fritz Käferböck seinen Kommentar (S. 11), mit dem er auch auf das langjährige Engagement der KAB für „gute Arbeit“ verweist – und auf die Plakatserie, die aus einer Aktion des Treffpunkts „mensch&arbeit“ in Nettingsdorf hervorgegangen ist. Die Idee: Menschen in der Arbeitswelt zu einem Statement dazu aufzufordern, was gute, menschenwürdige Arbeit für sie heißt (Beispiele auf diesen Seiten).

Einen ganz konkreten Einsatz für menschenwürdige Arbeit leistet die KAB Oberösterreich seit dem Frühjahr auf den Feldern von Gemüse- und Obstbauern im Eferdinger Becken: im Zuge ihrer Kampagne „Hier arbeitet ein Mensch“ hat sie sich in die von PRO-GE (Produktionsgewerkschaft) und diversen NGOs getragene „Sezonieri-Kampagne für die Rechte von ErntehelferInnen“ eingeklinkt (S. 12 – 13). Einer von vielen Schritten auf dem Weg zum sozialen Wandel!



KOMMENTAR

ZUR PERSON

Anna Wall-Strasser AWS, Theologin, Betriebsseelsorgerin, langjährig tätig im Bereich mensch&arbeit der Diözese Linz, ist Vorsitzende der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich. **FOTO:** JAKOB LEHNER



Meinungs-Bildung statt Meinungsmache

Ich schreibe diese Zeilen noch mitten im Wahlkampf. In zwei Wochen ist die Nationalratswahl vorbei und die neuen Mehrheitsverhältnisse in Österreich stehen fest. Bis zur Regierungsbildung wird es vielleicht noch etwas dauern. Mehr denn je fällt mir diesmal auf, wie sehr die politische Auseinandersetzung vor der Wahl einem (schlechten) Theater gleicht. In den Medien wird vor allem darüber berichtet, wie die jeweilige ‚Performance‘ der PolitikerInnen bewertet wird. Wer setzt sich wie in Szene, wie werden Botschaften platziert, wer setzt welche Marker und wie werden die der anderen pariert? Es geht um die jeweilige Inszenierung, um den ‚Spin‘. Und immer öfter ganz offensichtlich ums Tarnen und Täuschen. Mich macht das grantig, und es ängstigt mich zunehmend, dass meiner Wahrnehmung nach viele Menschen nicht hinter die Kulissen dieses Spiels schauen wollen oder können. Fakten

und Fakes werden von vielen nicht mehr unterschieden. Die PR-Maschinerien mancher Parteien sind offensichtlich sehr erfolgreich. Geglaubt wird, was von den jeweiligen Marketingabteilungen am wirksamsten inszeniert und stur wiederholt wird. Immer weniger Menschen machen sich die Mühe, gut recherchierte und differenzierte Analysen und Berichte zu lesen und sich eine Meinung zu bilden. Meinungs-Bildung wäre allerdings gefragt, nicht Meinungsmache.

Ich will von einem Politiker - hier gendere ich bewusst einmal nicht - weder unterhalten noch belogen werden. Mein Verständnis von Politik folgt nicht dem machiavellischen Prinzip, das Politik versteht als „die Summe aller Mittel, die nötig sind, um zu Macht zu kommen und sich an der Macht zu halten und um von der Macht den nützlichsten Gebrauch zu machen.“ (Machiavelli, 1414). Gut ist dabei nur das, was dem/den Herrschenden nützt, ohne irgendwelche ethischen Kriterien.

Als demokratische Gesellschaft sollten wir wirklich schon weiter sein. Das Bündnis ‚Christlich geht anders‘, in dem auch die KAB mitwirkt, fordert ein politisches Verständnis, das sich an der christlichen Soziallehre orientiert. Da stehen soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe im Mittelpunkt. Es geht ums gemeinsame Ringen und Streiten um die jeweils bessere Gestaltung unserer Gesellschaft. Das betrifft nicht nur die PolitikerInnen, diese jedoch sind verantwortlich für die Rahmenbedingungen, damit Menschen sich einbringen, mitreden und mitgestalten können. Sie nur als ‚Stimmvieh‘ zu brauchen, das möglichst effektiv im eigenen Interesse manipuliert werden kann, widerspricht dem diametral. Tragfähige Lösungen der anstehenden Fragen – von der Klimakrise über die Digitalisierung bis zur notwendigen Regulierung der Finanzmärkte – brauchen konstruktive Auseinandersetzungen und das Mitdenken von vielen.

Ich kann nur hoffen, dass die politischen Ämter in den nächsten Jahren von Menschen ausgeübt werden, die Politik in diesem Sinne verstehen und sich verantwortlich fühlen für die Gestaltung der Gesellschaft zum Wohl aller. Menschenwürde und Menschenrechte sind unteilbar. Die KAB wird sich mit vielen anderen Organisationen und Bewegungen auf jeden Fall weiterhin für diese politische Meinungs-Bildung bemerkbar machen.



Der Überreichtum weniger zerstört die Demokratie

Eine Positionierung und Buchbesprechung

Im letzten Jahr wurden Fragen der Verteilung und Ungleichheit in der Öffentlichkeit besonders schön sichtbar: Die Regierung kürzte tausenden Kindern die Mindestsicherung, nahm tausenden älteren Langzeitarbeitslosen den gemeinnützigen Job weg und strich tausenden Asylberechtigten die Deutschkurse. Gleichzeitig wurden gewaltige Parteispenden der MilliardärInnen bekannt, die für ihr Vermögen keine Vermögenssteuer bezahlen. Diese beiden Phänomene hängen eng zusammen. Das erlaubt auch, emanzipatorische Politik in der Öffentlichkeit plastisch darzustellen. VON: **MARKUS MARTERBAUER**



Markus Marterbauer leitet die Abteilung der Wirtschaftswissenschaft in der Arbeiterkammer Wien. FOTO: AK WIEN

Eine Vermögenssteuer für alle mit einem Nettovermögen von mehr als 1 Million Euro (Freibetrag) würde weniger als 200.000 Haushalte treffen (5% aller Haushalte) und brächte pro Prozentpunkt des Steuersatzes ein Steueraufkommen von etwa 4 Milliarden Euro. Mit 1% Steuersatz könnten die öffentlichen Pflegeausgaben um die Hälfte aufgestockt werden oder das Bildungsbudget um ein Fünftel, die Ausgaben für Kindergärten könnten mehr als verdoppelt, das Budget für aktive Arbeitsmarktpolitik verdreifacht, jenes für Mindestsicherung verfünffacht werden. So wäre eine solidarische Gesellschaft möglich.

Warum geschieht dies nicht? Österreichs bedeutendster Vermögensforscher, der Wirtschaftswissenschaftler Martin Schürz hat eben ein Buch veröffentlicht, das hierüber Aufschluss gibt

und den wichtigen Titel „Überreichtum“ trägt. Überreich sind jene, die zu viel haben, fundamentale Gerechtigkeitsprinzipien verletzen und die Demokratie zerstören.

Martin Schürz geht den Begründungen für Überreichtum nach. In Gerechtigkeitsdebatten wird gerne Leistung als Rechtfertigung für exzessiven Reichtum angeführt. Doch das stößt rasch an seine Grenzen: Wie sollte jemand tausend Mal leistungsfähiger sein als jemand anderer? Meist wird der Gerechtigkeitsdiskurs deshalb rasch wieder verlassen. Lieber wird über die gesellschaftlichen Verdienste der Reichen schwadroniert, wie etwa jene vom innovativen Unternehmer oder jenes von ihrem gutmütigen Charakter. Den Reichen werden Tugenden wie Großzügigkeit und Mitleid zugeschrieben und vor allem die Philanthropie hervorgehoben. Sie signalisiert, der Reichtum käme schlussendlich doch auch den Armen zugute. Doch die aus den „Gated Communities“ der Überreichen geleistete Philanthropie ist nur ein undemokratischer Gegenentwurf zu dem mit Rechten und Ansprüchen der breiten Bevölkerung verbundenen Sozialstaat. Die Politik beschränkt sich - wenn überhaupt - auf bescheidene Reformvorschläge: Reichensteuern mit niedrigen Sätzen, die den Überreichtum nur symbolisch bekämpfen; Bildung, die nur sehr langfristig hilft; die Ideologie der Eigentümergeellschaft, die den Einzelnen mit einem Eigenheim ruhigstellen will. Sie warnt vor Neid oder Hass auf

die Reichen und dient damit der Verächtlichmachung der Armen, denen diese Gefühle traditionell als Laster unterstellt werden.

Für Martin Schürz sind Vermögenssteuern mit geringen Steuersätzen und vielen Ausnahmen zu wenig. Die Eigentumsverhältnisse sind entglitten und dies bedarf nicht nur eines bescheidenen Beitrages der Superreichen, sondern einer demokratischen Grenzsetzung in Form einer Obergrenze für Reichtum. Sonst sind fundamentale Gerechtigkeitsprinzipien verletzt und die Demokratie gefährdet. Mit dem Stellen der Eigentumsfrage thematisiert Schürz ein weitverbreitetes Tabu. Sein wichtiges Buch beinhaltet genaue Daten, eine klare Analyse und gibt Mut für gesellschaftspolitisches Engagement zugunsten einer gerechten Verteilung des hohen Wohlstandes.

BUCH

Martin Schürz, Überreichtum,
Campus Verlag, Frankfurt/New York,
ISBN 9783593443027

09. 2019,
226 Seiten
€ 22,90



Streiten fürs Gemeinwohl

Demokratie erfordert beständiges Ringen um tragfähige Lösungen für alle

Im Vorfeld der Nationalratswahl hat das von kirchlichen Organisationen und Einzelpersonen - darunter die Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich - getragene Bündnis „Christlich geht anders“ einen Appell an die BürgerInnen und PolitikerInnen in Österreich gerichtet, der auch nach der Wahl nichts an Gültigkeit verloren hat. Im Folgenden der Wortlaut der Presseausendung von „Christlich geht anders“.

Das Bündnis aus kirchlichen Organisationen „Christlich geht anders. Solidarische Antworten auf die soziale Frage“ macht sich stark für ein Politikverständnis, das sich dem fordernden Prozess des Aushandelns zwischen VertreterInnen unterschiedlicher Zukunftskonzepte stellt und BürgerInnen sowie Zivilgesellschaft hört und beteiligt.

Die politisch Verantwortlichen müssen dabei die wichtige Rolle der unabhängigen Medien respektieren.

„Christlich geht anders“ fordert von den Parteien ein Bekenntnis zu Menschenwürde und Menschenrechten, zu Gemeinwohl, Anstand und einem funktionierenden Sozialstaat. Ausgehend davon, so das Bündnis „Christlich geht anders“, wird es möglich sein, die großen sozialen und ökologischen Zukunftsfragen als Gesellschaft so anzugehen und zu bearbeiten, dass sich BürgerInnen wahrgenommen und als gestaltende Kräfte wirksam erleben. Das Zutrauen in Politik würde gestärkt, die Chance auf tragfähige Lösungen im Sinne aller gesichert.

Ob Klima, soziale Gerechtigkeit, Integration oder Arbeitswelt: was es brauche im Umgang mit den großen Fragen der Zeit, sei die Abkehr von kurzfristigem Pragmatismus und die Hinwendung zu einer langfristigen Orientierung von

Politik, so das Bündnis. Politik müsse aufbauen auf den Errungenschaften in der Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders und diese Errungenschaften – in erster Linie die Menschenrechte - vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen weiterentwickeln. Unterschiedliche Zugänge, Widersprüche und Konflikte dürften nicht als Hindernis verstanden werden, vielmehr als Ansporn für konstruktive Auseinandersetzung als einem Kernelement von Demokratie.

„Christlich geht anders. Solidarische Antworten auf die soziale Frage“ wurde als breites Bündnis von christlichen Organisationen und Einzelpersonen im Herbst 2016 gegründet. Es verfolgt das Ziel, soziale Gerechtigkeit ins Zentrum gesellschaftspolitischer Debatten zu rücken.

KONTAKT UND INFO:

info@christlichgehtanders.at

www.christlichgehtanders.at

SPIELANLEITUNG ONLINE

Zu „Christlich geht anders – Das Spiel“ gibt es jetzt auch eine Spielanleitung auf youtube, zu finden unter: <https://bit.ly/2oM22Kd>

SEMINAR IM BH SCHLOSS PUCHBERG

Christlich geht anders
Solidarische Antworten auf
die soziale Frage

Samstag, 14. 12. 2019, 10-17 Uhr

ReferentInnen:

Assoz.-Prof.in MMag Regina Polak MAS,
Dr. Magdalena Holztrattner,
Mag.a Gabriele Kienesberger
http://schlosspuchberg.at/seminar/10_22454-christlich-geht-anders

s. S. 20 in diesem Heft:
Das Bündnis „Christlich geht anders“ legt eine neue Publikation vor:



BUCHPRÄSENTATIONEN

INNSBRUCK:

Mittwoch, 20.11.2019, 19:30 Uhr,
Haus der Begegnung
mit Magdalena Holztrattner u.a.

LINZ:

Montag, 10.2.2020, 19 Uhr, Haus der Frau
mit Lucia Göbesberger, Heinz Mittermayr,
Gabriele Kienesberger



Demokratie braucht starke Zivilgesellschaft

Solidaritätspakt präsentiert Report „Damit Österreich lebendig bleibt“

Weltweit geraten Demokratien unter Druck. Auch Österreich ist von diesen Entwicklungen nicht ausgenommen. „Was unsere Demokratie jetzt braucht“ erklären die Organisationen des Solidaritätspakts - darunter die Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich – in einem Report, den sie im Vorfeld der Nationalratswahl unter dem Titel „Damit Österreich lebendig bleibt“ der Öffentlichkeit präsentierten. Der Report zeigt auf, wie vielfältig die österreichische Demokratie ist und was es braucht, damit das so bleibt. Verbunden damit ergeht der Aufruf an die BürgerInnen des Landes, sich aktiv für eine lebendige Demokratie einzusetzen. Hier der Text einer Presseaussendung anlässlich der Präsentation des Reports.

Seit einigen Jahren werden auch in Österreich demokratische Lösungen zunehmend erschwert, so die einhellige Analyse der rund 80 NGOs, Gewerkschaften, BürgerInneninitiativen und sozialen Bewegungen des Solidaritätspakts, zu dessen Gründungsmitgliedern auch die Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich gehört. Insbesondere die abgewählte türkis-blaue Regierung schränkte Mitsprache und BürgerInnenbeteiligung ein – etwa beim Schutz von Umwelt und Gesundheit, am Arbeitsplatz oder bei der Sozialversicherung. Gesetze wurden immer öfter im Schnellverfahren durchgesetzt. Sogar die Beschneidung der Grundrechte stand im Raum und die Rechte geflüchteter Menschen wurden zum Teil gezielt missachtet. Ein Abbau des Sozialstaates ging mit Kürzungen für soziale Vereine und Initiativen einher. „Es sind diese besorgniserregenden Entwicklungen, die uns dazu bewegen haben, aktiv zu werden und zu zeigen, wie wichtig eine lebendige Demokratie für alle Menschen in Österreich ist“, so die Organisationen des Solidaritätspakts. In Zeiten, in denen politische Kräfte zunehmend Menschen gegeneinander aufhetzen und Zweifel an humanistischen und demokratischen Selbstverständlichkeiten säen, lebt und zeigt eine Vielfalt von zivilgesellschaftlichen Organisationen und engagierten Einzelpersonen tagtäglich sozialen Zusammenhalt und Solidarität.

Sieben Lebensadern für eine lebendige Demokratie

Anhand von sieben Lebensadern zeigt der Report, welche Voraussetzungen für eine lebendige Demokratie nötig sind: Demokratie lebt vom Einsatz, der Mitsprache und vom Schutz aller. Sie braucht soziale Sicherheit, eine faire Wirtschaft, unabhängige Information und Geschlechtergerechtigkeit. Diese sieben Lebensadern werden im Report beispielhaft anhand konkreter Initiativen illustriert – darunter Fridays for Future, die Initiative Ausbildung statt Abschiebung, BetriebsrätInnen, die Armutskonferenz, die Pass-Egal-Wahl, die Plattform Anders Handeln, die Vereinigung österreichischer Richterinnen und Richter, die Initiative „Wir für den ORF“ und das Frauenvolksbegehren. So zeigt der Report gleichzeitig, welche vielfältigen Ebenen das demokratische Gefüge bietet, sich zu engagieren und wie vielfältig Menschen aktiv werden.

Ein Appell an die Bevölkerung für demokratiepolitisches Engagement

Mit dem Report richten die Organisationen des Solidaritätspakts einen Appell an die österreichische Bevölkerung: „Für manch WählerIn mag Demokratie heißen, alle paar Jahre ein Kreuzchen in einen Kreis zu machen und sich bis zum nächsten Urnengang entspannt zurückzulehnen. Andere sind der Meinung, dass Wählen 'eh nix bringt' und sich 'sowieso nix' ändert. Doch demokratiepolitisches Engagement bedeutet

viel mehr als nur wählen zu gehen. Demokratie lebt von jedem und jeder einzelnen. Gestalten Sie aktiv mit, es gibt viele Möglichkeiten. Die Verantwortung, damit die Demokratie in Österreich auch in Zukunft lebendig bleibt und sich im Sinne von noch mehr Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Menschen weiterentwickelt, liegt bei uns allen. Es ist jetzt Zeit zu handeln“, erklären die Organisationen des Solidaritätspakts.



INFO

Der Report ist zu finden unter <http://www.kaboe.at/site/oesterreich/aktivitaeten/aktuelles/article/1828.html> oder unter <https://solidaritaetspakt.org/demokratielebt/index.htm>

Öko-soziale Steuerreform und Klimavolksbegehren

Die Katholische Aktion Österreich – und mit ihr die KAB – favorisiert ein Steuer-Modell, das keine neue Steuerbelastung vorsieht. Zwar werden CO₂-Emissionen (Sprit, Gas, Heizöl, ...) höher besteuert, aber ein „Ökobonus für alle“ (je Kind 125 Euro, pro Erw. 250 Euro/Jahr) bringt soziale Ausgewogenheit. Steuerliche Lenkung soll ökologisches Handeln und umweltfreundliche Investitionen fördern.

Erläuterndes Video zur Öko-sozialen Steuerreform mit Beiträgen von Josef Pumberger, KAÖ, Johannes Wahlmüller, Global 2000 und Katharina Rogenhofer, klimavolksbegehren.at, finden Sie hier: <https://www.youtube.com/watch?v=ZeewieBqF0s&feature=youtu.be>

Das von KAÖ und KAB unterstützte Klimavolksbegehren kann hier unterschrieben werden: <https://klimavolksbegehren.at/>

ILLUSTRATION: KARIN WEISS

Mit Öko-Bonus den Klimaschutz fördern

KAÖ für konkreten Baustein einer ökosozialen Steuerreform

„Jene, die weniger fossile Energie verbrauchen und damit zum Klimaschutz beitragen, sollen dafür auch belohnt werden“, erklärte der Präsident der Katholischen Aktion Österreich (KAÖ), Leopold Wimmer, in einer Presseaussendung kurz vor der vergangenen Nationalratswahl: „Wir treten für das Modell eines Öko-Bonus ein, als ein wichtiges Element einer ökosozialen Steuerreform. Es ist sehr wichtig, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel sozial verträglich gestaltet werden. Dass dies möglich ist, haben Länder wie die Schweiz, Schweden und Norwegen bereits gezeigt. Entsprechende Modelle für Österreich sind bereits von mehreren Organisationen vorgelegt worden, unter anderem vom Wirtschaftsforschungsinstitut.“

Die Katholische Aktion tritt seit längerem für eine ökosoziale Steuerreform ein. Durch eine Besteuerung von Energie aus fossilen Brennstoffen und gleichzeitiger Streichung umweltschädlicher Subventionen würden „Energieverschwender“ mehr zahlen. Durch einen „Öko-Bonus“ soll gleichzeitig ein Ausgleich für Familien und GeringverdienerInnen geschaffen werden, sodass diese finanziell nicht zusätzlich belastet werden. Da diese Gruppen in der Regel auch

weniger Energie verbrauchen, profitieren sie finanziell in vielen Fällen von einem solchen Bonus. „Es wäre ein Gewinn für das globale, das nationale und das soziale Klima“, so Wimmer.

Der Ruf nach einer ökosozialen Steuerreform ist auch eine der Forderungen des Klimavolksbegehrens, für das derzeit Unterstützungsunterschriften gesammelt werden und das von der Katholischen Aktion unterstützt wird. „Für uns ChristInnen kann ein sorg-

fältiger Umgang mit Gottes Schöpfung kein ‚Nebenthema‘ sein“, so Leopold Wimmer: „Hier geht es um unsere Verantwortung für uns selbst, unsere Mitmenschen, unsere Nachkommen und die gesamte Mitwelt. Wir müssen diese Verantwortung auch in der Politik einfordern.“

Klimawandel als Herausforderung für die Zukunft der Arbeit

KAB setzt auf Gemeinwohlökonomie, Grundeinkommen, Transition Bewegung und kooperative Bildungsprozesse

40 VertreterInnen der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegungen in der Schweiz, Tschechien, Südtirol, Deutschland und Österreich diskutierten vom 27. bis 30. Juni im Schloss Fürstenried in München über die Zukunft der Arbeit und notwendige Veränderungen aufgrund von Klimawandel, begrenzten Ressourcen, Digitalisierung und dem Anspruch auf ein gutes Leben für alle.



KAB; Die TeilnehmerInnen aus Österreich: v.l.: Leo Kudlicka, KAB Kärnten, Transition Town Friesach, Heinz Mittermayr, KAB OÖ, Erwin Burghofer, KAB NÖ, Maria Ungerböck, KAB Wien-Süd, Gabriele Kienesberger, KABÖ, Bernhard Leubolt, ksoe, Sonja Meißl, KAB Wien, Bruno Holzhammer, KAB Tirol, Michaela Penz, KAB Steiermark **FOTO:** KAB

Dem Dilemma zwischen wirtschaftlichen Wachstumsansprüchen, der notwendigen Begrenzung des Ressourcenverbrauchs, auch aufgrund der zunehmenden Erderwärmung, und der zunehmenden Spreizung der Lohnschere gerade in Ländern, in denen Wohlstand bislang relativ sozial verteilt war, stellten sich die TeilnehmerInnen beim Europäischen Seminar der deutschsprachigen KABs unter dem Titel „Die Zukunft der Arbeit in einem digitalen Europa“. Fast überall auf der Welt gilt Wachstum als eines der Hauptziele staatlicher Wirtschaftspolitik. Als Kontrollinstrument und Korrektiv zu dieser These stellte Jörn Wiedemann, Gemeinwohlökonomieberater im deutschsprachigen Raum, das über die Jahre immer wieder weiterentwickelte Modell der Gemeinwohlbilanz vor. Er sieht in der umgesetzten Gemeinwohlökonomie,

kombiniert mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen, einen geeigneten, umsetzbaren Weg zu Gerechtigkeit und Solidarität. Der Wirtschafts- und Politikwissenschaftler Bernhard Leubolt, Mitarbeiter der Katholischen Sozialakademie Österreichs, wies auf die Chancen hin, die in einer sozialökologischen Transformation unserer Wirtschaftssysteme liegen. Er beschäftigte sich in seinem Beitrag mit der Degrowth-Idee und dem Ansatz einer Postwachstumsökonomie (siehe Beitrag von Leubolt S. 9 – 10 in diesem Heft).

Präsentation von internationalen Beispielen für Alternativen

Seit mehr als fünf Jahren befindet sich die mittelalterliche 5000 Einwohner-Stadt Friesach „im Wandel“. Als Teil der internationalen Transition Town Bewegung entwickelte sich in Friesach u.a. eine Schenkökonomie, verwirk-

licht in Form eines Kost Nix Ladens. Friesach wurde durch Foodsharing und Lebensmittelretten zu einer Essbaren Stadt. Gemeinsam mit dem Initiator Leo Kudlicka von der KAB Kärnten setzen viele Freiwillige aus unterschiedlichen sozialen Schichten und mit unterschiedlichem Bildungshintergrund beteiligungsorientiert, kommunenorientiert und nachhaltig solidarische Projekte um.

Wie bei Transition Town Friesach steht in der deutschen Genossenschaft AMOS, präsentiert vom Vorsitzenden Johannes Eschweiler, KABD, Solidarität im Gegensatz zu Konkurrenz und gesellschaftliche Verantwortung füreinander, die zukünftige Generationen und die Einhaltung der Natur miteinschließt, an oberster Stelle. AMOS eG hat einen besonderen Fokus auf die Unterstützung und Einbeziehung auf Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit.

Das Terra Institut aus Brixen, präsentiert von der Geschäftsführerin Evelyn Oberleiter, legt seinen Schwerpunkt auf kontinuierliches Lernen, das alle Menschen und Prozesse eines Unternehmens miteinbezieht. Die Arbeit an der Organisationskultur basiert auf der Annahme, dass eine Verbesserung des individuellen Bewusstseins der einzelnen MitarbeiterInnen negative Auswirkungen unbefriedigender Beziehungen und unausgewogener zwischenmenschlicher Konflikte vermindern kann.

Es braucht den sozial-ökologischen Wandel

Die Rolle der katholischen Soziallehre bei der Suche nach neuen Wegen

Die Klimakrise wird immer mehr zum gesellschaftlichen Thema. Diskutiert wird die Frage, wie die Klimakrise sozial und ökologisch gerecht und gleichzeitig ökonomisch effizient gelöst werden kann. Die aktuelle Sozialenzyklika von Papst Franziskus, *Laudato Sí*, greift diese Frage auf. VON: BERNHARD LEUBOLT

Die letzten Jahrzehnte waren von einer Zunahme sozialer Ungleichheiten geprägt. Das betrifft nicht nur wirtschaftliche Faktoren wie Einkommen und Vermögen, sondern auch die Nutzung natürlicher Ressourcen. Ressourcen werden vordergründig aus Lateinamerika und Afrika exportiert und dann in Europa oder Nordamerika konsumiert. Der ‚ökologische Fußabdruck‘ ist daher in Europa und Nordamerika besonders hoch – für die Verallgemeinerung des durchschnittlichen Lebensstils Nordamerikas bräuchte es 4,5 Planeten Erde, für den österreichischen Durchschnitt immerhin noch 2,4 Planeten. Der Durchschnitt Afrikas kommt mit weniger als einem Planeten aus, auch das besonders bevölkerungsreiche Indien bräuchte im Durchschnitt bloß 0,3 Planeten Erde.

Papst Franziskus widmet diesen Themen große Aufmerksamkeit in der aktuellen Sozialenzyklika ‚*Laudato Sí*‘. Mit deutlichen Worten kritisiert er den aktuellen Zustand der globalisierten Welt: „Wir bemerken nicht mehr, dass einige sich in einem erniedrigenden Elend dahinschleppen ohne wirkliche Möglichkeiten, es zu überwinden, während andere nicht einmal wissen, was sie mit ihrem Besitz anfangen sollen, voll Eitelkeit eine vorgebliche Überlegenheit zur Schau stellen und ein Ausmaß an Verschwendung hinter sich zurücklassen, das unmöglich verallgemeinert werden könnte, ohne den Planeten zu zerstören. Wir lassen in der Praxis weiterhin zu, dass einige meinen, mehr Mensch zu sein als an-

dere, als wären sie mit größeren Rechten geboren.“



Bernhard Leubolt: "Der sozial-ökologische Wandel ist ein langfristiger Prozess" FOTO: KSOE

Ethische Probleme und systemische Zusammenhänge

Im Einklang mit den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften diagnostiziert Papst Franziskus aber nicht bloß individuelle ethische Probleme, sondern auch systemische Zusammenhänge. Problematisch sind meist nicht böse Vorsätze der Mächtigen, sondern gesellschaftliche Selbstverständlichkeiten. Technokratie verdrängt ethisch-menschliche Entscheidungen. Computer-gesteuerte Algorithmen wie z.B. bei der Plattform ‚Uber‘ entscheiden über Arbeitszuteilung, zahlen-basiertes Management versucht den ‚Shareholder Value‘ oder den ‚Return on Investment‘ zu optimieren. Ethische Werte können so nur schwerlich in die Entscheidungen mit einbezogen werden. Daraus schließt Papst Franziskus, „dass der moderne

Mensch nicht zum richtigen Gebrauch der Macht erzogen wird, denn das enorme technologische Wachstum ging nicht mit einer Entwicklung des Menschen in Verantwortlichkeit, Werten und Gewissen einher.“

Sozial-ökologische Wende – aber wie?

Viele fordern daher ein Umdenken, damit Soziales und Umwelt wieder besser ins Gleichgewicht kommen. Während die Probleme immer klarer erkennbar sind, gibt es große Diskussionen um mögliche Lösungen – ganz besonders im Hinblick auf den Umgang mit der Wirtschaft. Viele bemühen sich um einen „Green New Deal“ oder „grünes Wachstum“. Ex-US-Präsident Clinton oder aktuell die „Globale Kommission für Anpassung“ der Vereinten Nationen sehen neue Wachstumspotenziale in „grünen Wirtschaftssektoren“ und heben die damit verbundenen Potenziale für kontinuierliches oder sogar gesteigertes Wirtschaftswachstum hervor. Die „Globale Kommission für Anpassung“ betont die Gleichzeitigkeit der Notwendigkeit von Investitionen und deren lukrativen Charakter. Der Appell an EntscheidungsträgerInnen, beim Investieren neue Prioritäten zu setzen, erscheint zeitgemäß. Gleichzeitig stellt sich aber die Frage, ob ein solches ‚more of the same‘ in eine andere Richtung ausreichen wird.

Einige Natur-, Sozial- und WirtschaftswissenschaftlerInnen halten weitreichendere Veränderungen für notwendig. Wirtschaftswachstum sollte

– ihnen zu Folge – nicht mehr in allen Ländern der Welt die oberste Maxime sein. Dadurch entstehen teilweise sehr widersinnige Sachverhalte: Es ist z.B. besser für das Wirtschaftswachstum, wenn ein Fluss erst stark verschmutzt und anschließend kostenintensiv wieder gereinigt werden muss, statt von Anfang an sorgfältig mit der natürlichen Ressource umzugehen und eventuell die Produktion am Fluss zu stoppen, wenn sie negativ für das Ökosystem ist. Diese zweite Option könnte Grundlage für ‚de-growth‘ sein – demokratisch bestimmtes wirtschaftliches Schrumpfen.

Neue Wege und die katholische Soziallehre

Das klingt für viele wie die radikale Ablehnung eines zentralen Pfeilers der Zivilisation. Persönliches und gesellschaftliches Wachstum gilt ja in vieler Hinsicht als Versinnbildlichung von Fortschritt. Dabei wird aber der Frage ausgewichen, um welches Wachstum es sich handelt. VertreterInnen eines „guten Lebens für alle“ oder einer „Post-Wachstumsgesellschaft“ stellen sich eben diesen Fragen. Für sie sind „grüne Sektoren“ der Wirtschaft nicht als zusätzliche Wachstumsimpulse, sondern als Ersatz für verschmutzende Sektoren gedacht. Für die Mobilität ginge es beispielsweise um das Vermeiden von regelmäßigen langen Wegen durch mehr Regionalität und kurze Wege sowie den mutigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Wegen des damit verbundenen Rückgangs des Individualverkehrs würde deutlich weniger zum Wirtschaftswachstum beigetragen, gleichzeitig aber die Lebensqualität erhöht: Zeit, die nicht mehr im Verkehr verbraucht wird, kann so anderweitig genutzt werden.

Der Verzicht auf ständige Beschleunigung und Optimierung muss nicht zwangsläufig zu weniger Lebensqualität führen. Wird dieser Wandel bewusst und demokratisch gestaltet, könnten negative Auswirkungen

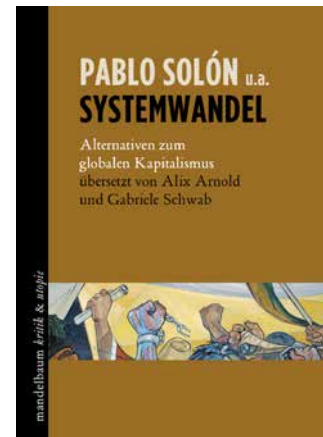
– nicht nur auf die Umwelt, sondern auch auf die menschliche Psyche und Gemeinschaftlichkeit – vermieden werden und somit Lebensqualität gesteigert. Das gilt besonders für den Umgang mit Zeit. Erwerbsarbeit könnte z.B. deutlich reduziert werden, wenn es stärker um Bedarfsorientierung als um das Produzieren immer neuer Bedürfnisse ginge. Durch einen humaneren Einsatz von Technik wäre dann für Familie und FreundInnen mehr gemeinschaftliche Zeit zur Verfügung.

Wie auch Papst Franziskus anmerkt, handelt es sich dabei um einen langfristigen Prozess des Wandels: „Was gerade vor sich geht, stellt uns vor die Dringlichkeit, in einer mutigen kulturellen Revolution voranzuschreiten. Wissenschaft und Technologie sind nicht neutral, sondern können vom Anfang bis zum Ende eines Prozesses verschiedene Absichten und Möglichkeiten enthalten und sich auf verschiedene Weise gestalten. Niemand verlangt, in die Zeit der Höhlenmenschen zurückzukehren, es ist aber unerlässlich, einen kleineren Gang einzulegen, um die Wirklichkeit auf andere Weise zu betrachten, die positiven und nachhaltigen Fortschritte zu sammeln und zugleich die Werte und die großen Ziele wiederzugewinnen, die durch einen hemmungslosen Größenwahn vernichtet wurden.“

In Anbetracht der Dringlichkeit der Klimakrise wäre es wichtig, wenn dieser revolutionäre Weg der Wiedergewinnung von Werten durch das Einlegen eines kleineren Ganges bald eingeschlagen würde.

ZUM AUTOR

Pablo Solón ist seit vielen Jahren im Rahmen der weltweiten globalisierungskritischen Bewegung aktiv. Er hat sich an der Regierung von Evo Morales in Bolivien von 2006 bis 2011 in verschiedenen Funktionen beteiligt. 2009 bis 2011 vertrat er sein Land bei den Vereinten Nationen, anschließend wechselte er von 2012 bis 2015 als Direktor zur NGO Focus on the Global South mit Sitz in Bangkok. 2015 kehrte er nach Bolivien zurück und arbeitet dort als Direktor der »Fundación Solón« sowie als Leiter der »Bolivianischen Beobachtungsstelle für Klimawandel und Entwicklung«



BUCHTIPP

Pablo Solón

Systemwandel.

Alternativen zum globalen Kapitalismus,

Mandelbaum-Verlag 2018

€ 16,00 272 Seiten

ISBN: 978385476-679-7

Welche Alternativen gibt es zum Kapitalismus in seiner gegenwärtig so destruktiven Verfasstheit? Der international renommierte Globalisierungskritiker und Boliviens früherer UN-Vertreter Pablo Solón hat die wesentlichen zusammengestellt und bringt sie in einen Dialog: In den letzten Jahren sind eine Vielzahl alternativer Konzepte im Globalen Süden, insbesondere in Lateinamerika, entworfen worden, von denen Buen Vivir nur das bekannteste ist, weil es Eingang in die Verfassungen Boliviens und Ecuadors gefunden hat. Darüber hinaus bietet das Buch Einblicke in das Konzept der Gemeingüter/ Commons, den Ökofeminismus, die Rechte von Mutter Erde, Deglobalisierung sowie Degrowth: Sie alle sind wichtige Beiträge zu einer sozial-ökologischen Transformation

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Fritz Käferböck-Stelzer ist Betriebsseelsorger in der Diözese Linz. Er ist zuständig für eine ländliche Region mit Sitz am „Treffpunkt mensch & arbeit Nettingsdorf“. FOTO: PRIVAT



Mensch.Arbeit.Würde

Die Anforderungen steigen stetig, parallel dazu stagnieren die Ressourcen. Das ist nicht nur in der Pflege so, das trifft aus meiner Erfahrung alle Branchen. Die Auswirkungen spüren die arbeitenden Menschen hautnah. Steigender Druck, aufgeheiztes Arbeitsklima, Mobbing und Konflikte, wenig Lob und Anerkennung, vermehrt Krankenstände, auch ein Ansteigen der Langzeitkrankenstände und Burnout - und: keine Besserung in Sicht.

Als Betriebsseelsorger bin ich mit unserem Team seit eineinhalb Jahren mit unserer Aktion „Menschenwürdige Arbeit ist für mich ...“ bei ArbeitnehmerInnen, mit BetriebsrätInnen und auch in Pfarren unterwegs. Mensch – Arbeit – Würde. Über menschengerechte Arbeit miteinander ins Gespräch kommen,

zum Weiterdenken anregen und auch vorhandene Handlungsmöglichkeiten ausloten und tun, darum geht es. Denn wie ich mit anderen umgehe, liegt in meiner Hand. „Dass es im Team passt, ist wichtig. Aufeinander schauen, Pausen machen, miteinander gut umgehen, und ned immer nur gemma, gemma“, so formulierte es eine Handelsangestellte. Wie schaut dein Arbeitsplatz aus? Was erlebst du? Was freut dich in deiner Arbeit? Angenommen, du hättest ein gewichtiges Wort mitzureden, was würdest du in deinem Betrieb zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse tun? Angenommen, du könntest frei entscheiden: wieviele Stunden würdest du gerne arbeiten?

Spaß und Zusammenhalt im Team, Lob und Anerkennung, gerechte Bezahlung, Respekt, miteinander lächeln, ein Lohn, von dem man gut leben kann, Gleichbehandlung, immer den Menschen hinter der Arbeit sehen, ... die Antworten sind so vielfältig wie die Menschen in ihren Arbeitsverhältnissen. Mehr als 150 ArbeitnehmerInnen beteiligten sich bisher an unserer Aktion, machen so ihre Meinung öffentlich und ermutigen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsqualität.

Als Betriebsseelsorger erfahren wir, wie Arbeit auch sein kann, gemeinschaftlich, schöpferisch, wo die eigenen Fähigkeiten einfließen können, wo Mitbestimmung und Beteiligung sind. Dass Arbeit ein solidarischer Prozess ist, der gesellschaftlich und gemeinschaftlich erledigt werden will und muss, ist klar. Dem entsprechend sollen alle Arbeitsplätze gut gestaltet sein und die Löhne zu einem guten Leben reichen.

Notwendig ist auch eine gerechte Verteilung des Erarbeiteten. Hier ist in den laufend stattfindenden Kollektivvertragsverhandlungen noch viel Luft nach oben. Die biblische Vision einer bedarfsgerechten Verteilung ist uns Weisung. Damit wir irgendwann sagen können: Es reicht für alle. Es ist genug für alle da.

Eine Gesellschaft ohne Herren und Knechte, in der alle beteiligt sind und niemandem die Mitgestaltung verweigert wird, in der wir einander Brüder und Schwestern sind, unbedingt miteinander solidarisch verbunden - diese Welt und Arbeitswelt gilt es zu bauen.

Und was ist menschenwürdige Arbeit für Dich ...?

Hinweis: Folge unserer Aktion auf facebook unter „Treffpunkt mensch & arbeit Nettingsdorf“



Hier arbeitet ein Mensch

Mit der „Sezonieri“-Kampagne gegen die Ausbeutung von ErntehelferInnen

Im Oktober 2013 haben rund 70 ErntearbeiterInnen aus Rumänien und Serbien bei einem Tiroler Gemüsebauern den Startschuss gegeben: sie haben ihre Arbeit niedergelegt, gerechte Entlohnung und menschenwürdige Arbeitsbedingungen gefordert. Die „Sezonieri“ (rumänisch für „SaisonarbeiterIn“) - Kampagne für die Rechte von ErntehelferInnen in Österreich hat ihren Anfang genommen, vorangetrieben von einem Verbund aus Betroffenen, zahlreichen NGOs und der Produktionsgewerkschaft (PRO-GE). Seit Frühjahr 2019 ist auch die KAB Oberösterreich im Rahmen ihrer 2017 gestarteten Kampagne „Hier arbeitet ein Mensch“ mit unterwegs auf den Äckern österreichischer Bauern. Ein Bericht zum Erntedank.

VON: ELISABETH OHNEMUS



Ein Feldbesuch im Eferdinger Becken, 29. Juni 2019: Die KAB Linz kontaktiert ErntearbeiterInnen und verteilt Folder. FOTO: KAB LINZ

„Der Protest der SaisonarbeiterInnen in Tirol war, zeitgleich mit einer Anfrage rumänischer und ungarischer LandarbeiterInnen aus dem Südburgenland bei der PRO-GE, der Weckruf für uns in der Gewerkschaft“, erinnert sich Susi Haslinger, Rechtsschutzsekretärin in der PRO-GE mit Schwerpunkt Sozialpolitik und Koordinatorin der „Sezonieri“-Kampagne bis 2019. „Wir als PRO-GE hatten da einen blinden Fleck“, so Haslinger im Interview mit ZeitZeichen. Die Betroffenen, unterstützt von NGOs und AktivistInnen, haben aber unmissverständlich klar gemacht: „SaisonarbeiterInnen in der Landwirtschaft sind eine der am häufigsten ausgebeuteten Gruppen von

ArbeitnehmerInnen in Österreich“. Gemeinsam ist man aktiv geworden. Kostenlos und anonym werden im Rahmen der Kampagne arbeitsrechtliche Infos in der jeweiligen Muttersprache von Saisonkräften angeboten: über Plakate und Folder, die direkt am Feld verteilt werden, eine website (www.sezonieri.at) und Info-hotlines. „Wir haben gelernt, dass Infomaterial so gestaltet sein muss, dass es schnell in einer Tasche verschwinden kann“, so Haslinger. AktivistInnen auf dem Feld werden von den Bauern in den meisten Fällen nicht gern gesehen und geduldet, nicht selten kommt es zu Klagsdrohungen. Umgekehrt haben Kampagnen-MitarbeiterInnen soweit

Vertrauen und Ermutigung unter den Betroffenen herstellen können, dass von der PRO-GE im Rahmen von rund 30 Klagen gegen ArbeitgeberInnen in den Jahren 2016 und 2017 bundesweit knappe 70.000 Euro für SaisonarbeiterInnen erstritten bzw. im Vergleichsweg vor Gericht erreicht werden konnten. Die meisten SaisonarbeiterInnen auf österreichischen Äckern stammen aus Rumänien, Ungarn und Slowenien, haben also freien Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt. Ein weiterer Teil sind Dritt-Staats-Angehörige etwa aus Serbien oder der Ukraine, die kleinste Gruppe bilden AsylwerberInnen. „Viele melden sich bei uns“, so Haslinger, viele scheuten sich aber, vor Gericht zu

gehen aufgrund der starken ökonomischen und persönlichen Abhängigkeit vom Arbeitgeber. „Gerichtsverfahren in Österreich sind unglaublich langwierig“, erklärt Haslinger, hinzu komme eine beratungstechnisch schwierige Situation, nachdem die Kollektivverträge in Österreich von den Bundesländern verhandelt werden und also neun verschiedene Regelungen vorliegen.

Die kollektivvertraglich definierten Löhne sind durchweg gering und werden oft unterlaufen. „Es gibt keine Branche, in der das Unrechtsbewusstsein der ArbeitgeberInnen so ausgeprägt ist wie in der Landwirtschaft“, meint Haslinger. Da werde „versehentlich“ zu wenig bezahlt, da existierten „wunderschöne gefakte Zeitaufzeichnungen“, da verwiesen Bauern auf die Expertise von Steuerberatungskanz-

leien und zeigten auch dann keine „Einsichtswilligkeit“ und „Kooperationsbereitschaft“, wenn auf daraus resultierende Missstände hingewiesen werde, so Haslinger. Dabei gelte es zu unterscheiden zwischen „gierigen Großen“ und „armen Kleinen“: „Der Spargelstecher steht am untersten Ende einer agrarpolitisch definierten Hierarchie, in der große Betriebe gefördert und kleine über eine verheerende Preispolitik ausgepresst werden“.

Was es brauche seien höhere Löhne für SaisonarbeiterInnen, österreichweit einheitliche Kollektivverträge, die Rücknahme von Verschärfungen im LandarbeiterInnengesetz zugunsten der Betroffenen, schärfere Kontrollen und effektive Strafen, sollten Rechtsansprüche nicht eingehalten werden, sowie eine Agrarpolitik, die Klein- und

Mittelbetriebe in der Landwirtschaft stützt.

Im Mai 2016 gab es die Gelegenheit, bei der Tagung „Willkommen bei der Erdbeerernte! Ihr Mindestlohn beträgt...“ in der Wiener Arbeiterkammer die Erfahrungen von PRO-GE und AktivistInnen aus einschlägigen NGOs in Österreich mit jenen vergleichbarer Initiativen aus der Schweiz, aus Italien, Deutschland, Irland und Spanien auszutauschen und voneinander zu lernen. In der gleichnamigen Broschüre aus 2017 sind Berichte und Ergebnisse der Tagung veröffentlicht worden. Für die nächsten beiden Jahre hat die PRO-GE bereits einen Beschluss gefasst: die Kampagne soll fortgesetzt werden. Haslinger: „Es ist noch viel zu tun.“

KAB unterwegs mit ErntearbeiterInnen

„Wir sind seit Frühjahr diesen Jahres auf den Äckern im Eferdinger Becken unterwegs“, berichtet Stefan Robbrecht-Roller, Referent der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung in der Abteilung „mensch & arbeit“ der Diözese Linz: „Meist sind wir zu zweit und verteilen auf Gurken- und Obstfeldern an SaisonarbeiterInnen Folder mit Rechts- und Beratungsinfos in verschiedenen Sprachen“. Es ist dies der Einstieg der oberösterreichischen KAB in die „Sezonieri“-Kampagne, zugleich Teil der 2017 in der Abteilung „mensch & arbeit“ gestarteten Kampagne „Hier arbeitet ein Mensch“. Die Folder sind gemeinsam mit Kooperationspartnern wie PRO-GE, Südwind, dem im ÖGB angesiedelten developmentpolitischen Verein „weltumspannend arbeiten“ sowie dem Verein „Migrare“ konzipiert worden: „Migrare“ berät MigrantInnen und ist aufgrund seines weitreichenden Netzwerkes an Beratungsstellen in Oberösterreich ein wichtiger Partner von uns“, erklärt Robbrecht-Roller. „Wir informieren und protokollieren die Erfahrungen der ArbeiterInnen. Immer wieder kommt es auch zu Gesprächen mit Bauern. Wir hören uns auch deren Standpunkte und Probleme an. In vielen Fällen sind die Bauern aber recht gut situiert. Wichtig ist für uns, dass diskutiert wird.“ Im Sommer hat die KAB die SaisonarbeiterInnen zum „Fest der Vielfalt“ der Caritas in Eferding eingeladen: „Das war ein Erfolg: rund 30 ErntehelferInnen sind gekommen! Die Eferdinger Bevölkerung hat das gut aufgenommen.““



Weitere Infos zur

Sezonieri-Kampagne:

www.sezonieri.at (mehrsprachige Informationen, Publikationen, Videos...),
www.facebook.com/sezonieri

Die Broschüre kann bestellt werden unter: sezonieri@gmx.at

Sprecherwechsel bei Allianz für den freien Sonntag

KAB Wien-Vorsitzender Philipp Kuhlmann ist neuer gewerkschaftlicher Sprecher der Allianz für den freien Sonntag Österreich

In der Vollversammlung der 2001 gegründeten Allianz für den freien Sonntag wurde Ende Mai der neue Sprecher Philipp Kuhlmann (44) bestätigt. Kuhlmann, Vorsitzender der KAB Wien, übernimmt diese Funktion von Franz Georg Brantner (59), der sie seit 2006 innehatte und durch seine Arbeit maßgeblich prägte. Kirchlicher Sprecher der Allianz ist Diözesanbischof Alois Schwarz.



v.l.n.r.: Franz Georg Brantner, Elisabeth Mayer (KA-Präsidentin Salzburg und Sprecherin der Salzburger Sonntagsallianz), Philipp Kuhlmann **FOTO:** K. SONNECK

Franz Georg Brantner, beruflich Betriebsratsvorsitzender im Handel, ehrenamtlich Vorsitzender der GPA-djp Wien und bis vor kurzem Vorsitzender des Wirtschaftsbereiches Handel der GPA-djp, bedankte sich in seiner Abschlussrede für die breite Unterstützung: „Wir sind als Sonntagsallianz breit aufgestellt und für die Zukunft gut gerüstet, auch dank des nimmermüden Engagements der über 50 Mitgliedsorganisationen und ihrer VertreterInnen.“

Der freie Sonntag hat eine wichtige Funktion für die Menschen in Österreich, unsere Anstrengungen wirken aber sogar über die Landesgrenzen hinaus.“ Als persönliches Highlight nannte Brantner die Gründung der Europäischen Sonntagsallianz, die er als österreichischer Vertreter in Brüssel mitvollzogen hat.

Philipp Kuhlmann, hauptberuflich Betriebsratsvorsitzender im Handel, sowie ehrenamtlich Vorsitzender-Stellvertreter des Wirtschaftsbereiches Handel der GPA-djp Wien sowie stellvertretender Vorsitzender der KABÖ und Vorsitzender der KAB Wien, war schon bisher

als Sprecher der Wiener Sonntagsallianz tätig. „Wichtig in meiner Funktion als neuer gewerkschaftlicher Sprecher wird sein, maßgebliche, aktuelle Änderungen in der Gesetzgebung, Stichwort Arbeitsruhegesetz, im Blick zu haben und darauf zu reagieren. Wir planen eine Reihe von Schritten, darunter auch eine Kampagne für den freien Sonntag, die noch heuer anlaufen wird.“ Den Sonntag sieht Kuhlmann als Chance, „uns Menschen als ganzheitliche Wesen zu erleben – nicht nur als KonsumentIn oder ArbeitnehmerIn“. Kuhlmann, der die Sonntagsallianz seit vielen Jahren begleitet, vergleicht die heimische Initiative als „Leuchtturmprojekt für unsere Europäischen Nachbarn“ und verspricht, Kontakt und Austausch weiterhin zu pflegen. „Die Sonntagsallianz wird weiterhin stark auftreten und eine starke Stimme in Österreich sein.“



Sonntagsallianz im Gespräch mit Wiens Bürgermeister Michael Ludwig bei der Langen Nacht der Kirchen am 24. Mai 2019 **FOTO:** STADT WIEN

ABSCHIED VON GRETE SCHNELLER

Ein persönlicher Nachruf von Anna Wall-Strasser

Am 25. Juli 2019 ist Margarete Schneller im 78. Lebensjahr verstorben. Sie war in Oberösterreich und in ganz Österreich Vorreiterin in ihrem Engagement in der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung und in der Betriebsseelsorge. Aufgewachsen mit 5 Geschwistern in Wels erlebte sie die Not der Nachkriegsjahre. Als Bürolehrling kam sie in eine KAJ-Runde mit Pfarrer Innerlohinger und fühlte sich „als KAJlerin getragen vom Auftrag, die Botschaft Jesu in die Arbeitswelt zu tragen, gestärkt durch die Aussage Cardijns: „Jede Arbeiterin, jeder Arbeiter ist mehr wert als alles Gold der Erde“, - wie sie im November 2018 in der Zeitung „Information – Diskussion“ der KAB Oberösterreich schrieb. Als Jungfamilie schloss sie sich mit ihrem Mann der KAB an und engagierte sich in vielfältiger Weise.

In wichtigen Funktionen war sie Pionierin: 1978 als stellvertretende Diözesanvorsitzende in OÖ, ab 1985 als stellvertretende Bundesvorsitzende, und darin als erste und vorerst einzige Frau. Als solche war sie Mitinitiatorin des Frauentreffens der KAB im deutschsprachigen Raum. Nach dem Ablauf ihrer Funktionsperioden brachte Grete Schneller ihren Erfahrungsschatz im Referat der Betriebsseelsorge der Diözese Linz als Organisationsreferentin ein, wo sie bis zu ihrer Pensionierung tätig war.



Margarete Schneller

FOTO: PRIVAT

Für mich persönlich war Grete Schneller wichtig und in zweierlei Weise meine Vorgängerin: Als Referentin in der Betriebsseelsorge Oberösterreich bin ich ihr nachgefolgt, und jetzt bin ich als erste Frau Vorsitzende der KAB Österreich. Ich habe ganz viele Erinnerungen an gemeinsames Arbeiten, Reden, Überlegen, Diskutieren, verbunden mit viel persönlichem

Austausch und getragen von gegenseitigem Verstehen. Sie war mir eine Kollegin im besten Sinn des Wortes. Grete war für mich mit ihren eigenen Erfahrungen als Arbeiterin, als Christin und engagierte Frau in der KAB ein beeindruckendes Vorbild. Sie hatte ein klares Bewusstsein um die Strukturen und Verfasstheiten unserer Wirtschaft und Gesellschaft, ihr Herz war bei den sogenannten

„kleinen Leuten“ und ihrem Kampf um Würde und ein gutes Leben. Ihre eigene Situation als Frau in der Arbeitswelt und der Kirche hat sie konsequent reflektiert und geradlinig und klar ihren Platz eingefordert. Grete war in diversen kirchlichen Gremien damit auch eine Unbequeme, die Veränderungen angestoßen hat. Ich erinnere mich aber auch gern an ihr Lachen, an gemeinsames Feiern, an Austauschrunden im Gartenhaus, an gemütliches und geselliges Beisammensein abseits der gemeinsamen Arbeit. Grete war eine herzliche und humorvolle Frau, die ihr Leben und das, was ihr wichtig war, gerne und großzügig geteilt hat. So behalte ich sie in Erinnerung, und ich verneige mich in Respekt und mit großer Dankbarkeit.

Bischof em. Aichern, würdigte beim Begräbnisgottesdienst Grete Schneller als familiäre, gläubige, menschenfreundliche und weltoffene Frau, der die Mitsorge für die Menschen ein Anliegen war. Er habe sie durch ihr Engagement „in Wort und Tat“ in der KAB Oberösterreich und dann im Vorstand der KAB Österreich in den 1980er Jahren kennen und schätzen gelernt. Aichern dankte der Verstorbenen im Namen der Linzer Bischöfe und würdigte Margarete Schneller als „vorbildliche Mitarbeiterin“, die das Leben der Diözese Linz, die Sozialarbeit und die KAB-Arbeit wesentlich mitgeprägt habe.

Umweltbewusst Europa kennenlernen

Eine Interrail-Tour der KAB Steiermark VON: JOHANNES LABNER

Klimawandel ist in aller Munde – doch was dagegen tun? Tatsächlich ist es gar nicht so leicht, die im Pariser Klima-Abkommen festgeschriebenen CO₂-Ziele zur Vermeidung der Erderwärmung zu erzielen. Weniger fossile Verbrennungen – mehr Öko-Strom, weniger Autofahren – mehr Radfahren, weniger Fleischkonsum – mehr heimisches Obst & Gemüse usw. Ja, auch der Flugverkehr ist ein Umweltproblem, der abgesehen von den überlasteten Flugrouten und -pis-

der meisten europäischen Bahngesellschaften gibt?

Mit den teilweise schon auf Neubaustrecken fahrenden modernen IC-Zügen können mit Tempo 200 bis 300 km die verschiedensten Städte Europas mit ihren touristischen Sehenswürdigkeiten besucht bzw. die Highlights eines Landes im Rahmen einer individuell geplanten Rundreise aufgesucht werden. Dieses Interrail-Angebot, das für SeniorInnen zu einem reduzierten Preis angeboten wird, kann

Brüssel und die Städte Flanderns im IC-Tempo

Zum gemeinsamen Kennenlernen plant die KAB-Steiermark auf Basis des Global-Interrail-Flexi-Passes (5 Tage Bahnfahrt innerhalb von 15 Tagen) im April 2020 eine Belgienfahrt. (Preis für den Global-Pass in der 2. Klasse für SeniorInnen ab € 260,-, wobei dieses Ticket auch für die Hin- und Rückfahrt genützt wird). Brüssel wird dank der Hochgeschwindigkeitszüge ab Frankfurt/Main von Graz und Wien aus mit einer Tagesfahrt erreicht – vom Hotel in Bahnhofsnähe aus werden neben Brüssel als Europas Hauptstadt in drei weiteren Tagesfahrten Brügge als „Venedig des Nordens“, Gent als ehemalige Hauptstadt Flanderns, sowie auf den Spuren von KAJ-Gründer Joseph Cardijn die sehenswerte Universitäts-Stadt Leuven aufgesucht.



Klimaschonend reisen mit der KAB **FOTO: JOHANNES LABNER**

ten zumindest im Kurzstrecken-Bereich aus Umweltschutzgründen reduziert werden sollte...

Wussten Sie, dass es auch für Erwachsene das seit Jahren von vielen jungen Leuten benutzte Interrail-Angebot

einerseits als Global-Interrailpass für die Freifahrt an den gewählten Tagen auf allen Strecken der teilnehmenden Eisenbahngesellschaft benützt oder als „One Country Pass“ für die Bahnfahrt in einem Land gebucht werden.

ANMELDUNG

Wer Interesse an dieser Städtetour per Bahn vom 23. – 28. April 2020 hat (die auch individuell mit der Fahrt zu anderen Sehenswürdigkeiten abgeändert werden kann) meldet sich bitte im Grazer KAB-Büro (0316 / 8041-395).

Zustieg zu unserer Reisegruppe wäre z.B. in Salzburg oder München möglich (johannes.labner@aon.at).

IMPRESSUM

Medieninhaberin (Verlegerin): Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6 **Herausgeberin:** Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 0664/6217198, kab.office@kaoe.at **Geschäftsführerin:** Mag.^a Gabriele Kienesberger **Chefredakteurin:** Mag.^a Elisabeth Ohnemus **Redaktionsteam:** Mag.^a Gabriele Kienesberger, Philipp Kuhlmann, Mag.^a Anna Wall-Strasser **Verwaltung/Anzeigen:** Monika Schwarz **Layout:** Karin Weiß, weisskarin@gmx.at **Hersteller und Expedit:** Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg **Bankverbindung:** Schelhammer & Schattera, BIC: BSSWATWW IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659 **Hinweis:** Interessiert an einer Anzeige in ZeitZeichen? **Informationen über Anzeigengrößen und -preise erhalten Sie im Büro der KABÖ.**

Klimawandel: Handeln statt reden

Sonntagsbegegnung mit dem Klimaforscher Gottfried Kirchengast

Will Österreich seine im Pariser Abkommen eingegangenen Klimaziele einhalten, wird die Politik, aber auch die Bevölkerung deutlichere Anstrengungen zur Vermeidung von klimaverändernden Schadstoff-Ausstoß vornehmen müssen. Diesbezügliche Konsequenzen forderte letzten Sonntag auch der bekannte Klima-Forscher Univ.-Prof. Gottfried Kirchengast bei einer Diskussionsveranstaltung im Andritzer Begegnungs-Centrum, zu der die Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Steiermark gemeinsam mit der Pfarre Graz-Andritz eingeladen hatte. VON: JOHANNES LABNER

Durch seine jahrelange Forschungstätigkeit sei für ihn als international tätigem Klimaforscher der Zusammenhang von CO₂-Ausstoß unserer Zivilisation und dem weltweit messbaren Klimawandel keine Frage – daher seien „beschönigende Vernebelungen und Ausreden“ seitens mancher PolitikerInnen unangebracht. „Man ist Zeuge des weltweiten Klimawandels – es gibt keinen Sand mehr, wo man den Kopf hinein stecken könnte“ formulierte der Leiter des Wegener Center für Klima und Globalen Wandel pointiert, der auch als Vertreter der Wissenschaft im Nationalen

Klimaschutzkomitee Österreichs tätig ist und zurecht beklagt, dass Österreich im EU-Vergleich mit seinen Umweltschutz-Aktivitäten an drittvorletzter Stelle rangiert. Auch die Positionierung mancher Parteien im Vorwahlkampf sei zu hinterfragen: So sei manches „Verzögerungskonzept der fossilen Energiewirtschaft“ erkennbar, auch der ins Gespräch gebrachte Ausbau der Wasserstoffwirtschaft (eine Technik, die künftig nur in einem Teilbereich des Energie- und Transportsystems sinnvoll sei) ersetze nicht die Notwendigkeit, zur Vermeidung des klimaschädlichen CO₂-Ausstosses möglichst rasch von der fossilen Energieversorgung weg zu kommen...

Mit Hinweis auf die Umwelt-Enzyklika von Papst Franziskus betonte Kirchengast aber auch die Verantwortung des einzelnen Staatsbürgers, zur Erhaltung der Schöpfung „mit Herz, Mut und Verstand“ beizutragen. Nur mit Ernstnehmen der klimapolitischen Herausforderung durch die breite Bevölkerung

werde es gelingen, bis zum Jahr 2030 mindestens 50% und bis 2050 über 90% unserer derzeitigen CO₂ Emissionen abzubauen und „so den Übergang zu einer nahezu treibhausgas-emissionsfreien und klimarobusten Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen“. Jeder könne heute schon auch persönlich beginnen, seine Lebensführung im Hinblick auf seinen CO₂-Ausstoß etwa mit der Berechnung des „Klima-Fußabdrucks“ zu überprüfen und nach dem Motto „Verbrauch die Hälfte“ vorbildhaft einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten...

Univ. Prof. Dr. Kirchengast sprach in diesem Zusammenhang auch die Zuhörer im Andritzer Pfarrsaal als ChristInnen an: „Gehen wir ChristInnen auf Basis unserer christlichen Inspiration in der Lösung voran, sind wir vorne dabei als Mitwirkende für das Klima und führen wir den Übergang zu Klimagerechtigkeit und Klimaemissionsfreiheit mit an? Nützen wir die uns aus dem Glauben erwachsende Fähigkeit, dass selbst schon ein Glaube so groß wie ein Senfkorn Berge versetzen könnte?“

Ja, Handeln ist gefragt. Freitags-Proteste der jungen Generation sind berechtigt, aber angesichts der bereits eingetretenen Klimaveränderungen mit zunehmenden Schäden hier und anderswo, allein zu wenig. Es geht um Veränderung unseres Lebensstils, es geht um unser Gemeinwohl, unsere Zukunft, um unser, wie Papst Franziskus in „Laudato si“ schreibt, „gemeinsames Haus“. Und jeder hat darin, ob gläubig oder nicht gläubig, seine ganz persönliche Verantwortung...



Gottfried Kirchengast: „Beschönigende Vernebelungen und Ausreden von PolitikerInnen sind unangebracht.“

FOTO: JOHANNES LABNER



Was ist für Dich gute Arbeit?

KAB-Bus auf Bundesländer-Tour machte Station in Floridsdorf

Der internationale „Tag der menschenwürdigen Arbeit“ am 7. Oktober lenkt den Blick auf die Umstände, unter denen Menschen – weltweit und auch hier bei uns – ihren Lebensunterhalt verdienen. Um möglichst viele Eindrücke von Lebens- und Arbeitsrealitäten in Österreich zu erhalten, veranstaltete die Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung (KAB) gemeinsam mit der Betriebsseelsorge von 1. bis 12. Oktober 2019 eine „Hier arbeitet ein Mensch“-Tour durch alle Bundesländer. Am Samstag, 5. Oktober machte der Bus in Wien Station.

VON: **GABRIELE KIENESBERGER**

Die KAB Wien verwandelte den Franz-Jonas-Platz in Floridsdorf zu einem Ort der Begegnung. Mittels Glücksrad, Infofoldern, und der Aufforderung auf einem Gitterkopf die eigene Meinung zu posten, kam es zu intensiven Gesprächen mit PassantInnen zur Frage „Was ist für dich gute Arbeit?“ und „Wie hältst du’s mit dem freien Sonntag?“ Trotz Regens erhielten wir viele Wortspenden. Arbeit ist GUTE ARBEIT ... wenn ich gute KollegInnen habe, wenn sie Spaß macht, wenn der Verdienst passt, wenn sie mich glücklich macht, wenn ich ein Lob bekomme, wenn ich mich bemühe,

wenn sie mich nicht krank macht ... Der arbeitsfreie Sonntag wurde grundsätzlich als sehr wichtig für Familie und Freundschaftspflege bezeichnet. Eine im Gastgewerbe tätige Passantin, die sonntags arbeitet, meinte „Am Sonntag sind die Gäste freundlicher, entspannter, großzügiger, dann freut auch mich die Sonntagsarbeit mehr.“ Die „ArbeiterInnen von Wien“ begrüßten uns nicht nur auf der Straße, sondern auch in den Liedern der Chorvereinigung Nordbahnbund, der den Abschlussgottesdienst in der Pfarrkirche Hl. Josef am Pius-Parsch-Platz musikalisch gestaltete.



Diözesansekretärin Gabriele Kienesberger im Gespräch mit einer Passantin über Gute Arbeit und den freien Sonntag **FOTO: PHILIPP KUHLMANN**



FOTO: ALOIS REISENBICHLER

UNTERWEGS

Mit einem Infostand waren die Sonntagsallianz und KAB der ED Wien auch diesmal am VOLKSSTIMMEFEST (31.8./1.9. 2019) vertreten.



NEWSLETTER DER KA WIEN

KA-Newsletter 10x im Jahr aktuelle gesellschaftspolitische Kommentare und Aktionen, Termine sowie Links zu Hintergrundberichten.

www.ka-wien.at

Hier anmelden: <http://ka-wien.at/site/angebote/newsletter>

Werden Sie auch FreundIn auf Facebook!

<https://www.facebook.com/kaedwien>

Durch den Newsletter „Nachrichten Katholische Aktion der Erzdiözese Wien“ sind Sie am neuesten Stand über Veranstaltungen der KAB und aller anderen Gliederungen der Kath. Aktion.

Das Editorial von KA Präsident Walter Rijs bezieht sich immer auf das aktuelle politische Zeitgeschehen.



Housing for All

Eine Europäische Bürgerinitiative fordert leistbares Wohnen für alle

Die Initiative "Housing for All" vereint Mieterverbände und -vereine, Gewerkschaften, soziale und kirchliche Organisationen, Menschenrechtsorganisationen, Interessensvertretungen von Studierenden, PensionistInnen, VertreterInnen von Städtetzwerken und Privatpersonen, die für bezahlbares Wohnen in Europa kämpfen. Jetzt verfolgt sie das Ziel, europaweit mehr als eine Million Unterschriften für ihre Anliegen zu sammeln. Auch die KABÖ ruft dazu auf, die Initiative mit einer Unterschrift zu unterstützen.

Befund und Analyse:

Europäische Gesetze beschränken Städte und Gemeinden, wenn sie in leistbares Wohnen investieren wollen.

- Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 sind die öffentlichen Investitionen in bezahlbares und soziales Wohnen um 50 Prozent zurückgegangen.
- Es gibt einen dramatischen Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Europas Städten. Wohnen ist für viele Menschen viel zu teuer. Es bleibt immer weniger Geld zum Leben.
- Viele Menschen werden aufgrund der hohen Wohnkosten gezwungen, die Stadt zu verlassen und pendeln jeden Tag über lange Strecken in die Stadt zur Arbeit oder zum Studium.
- Kurzzeitvermietung an TouristInnen über digitale Plattformen verknüpft

den Wohnraum für die einheimische Bevölkerung in vielen Städten dramatisch.

Forderungen:

Die Initiative fordert die EU-Kommission dazu auf, bessere gesetzliche und finanzielle Rahmenbedingungen zu schaffen, um bezahlbares Wohnen für alle Menschen in Europa zu ermöglichen.

Dies umfasst:

- die Erleichterung des Zugangs für alle zu leistbarem und sozialem Wohnbau.
- keine Anwendung der Maastricht-Kriterien auf öffentliche Investitionen in leistbaren Wohnbau.
- besserer Zugang zu EU-Finanzmitteln für gemeinnützige und nachhaltige Wohnbauträger.

- soziale und wettbewerbsgerechte Regeln für Kurzzeitvermietungen/die statistische Erfassung des Wohnbedarfs in Europa.



INFOS UND UNTERSCHREIBEN

<https://www.housingforall.eu/at/wohnen-mussleistbar-sein-fuer-alle/>

Kontakt: office@housingforall.eu

Die KAB wünscht Gottes Segen

Am 17. November feiert Msgr. Dr. Ernst Pöschl seinen 85. Geburtstag.

Als Diözesanseelsorger von Eisenstadt widmete sich Ernst Pöschl den pastoralen Belangen der Katholischen Studierenden Jugend (KSJ) sowie vor allem der Katholischen ArbeiterInnenjugend (KAJ), die er seit mehr 40 Jahren bis zum heutigen Tag betreut.

Die Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung wünscht zum 85. Gottes Segen!



FOTO: PRIVAT

FOTO: RAINERSTURM_PIXELIO.DE

BUCH-TIPP



Christlich geht anders (Hg.)
**Solidarisch antworten
auf gesellschaftliche
Herausforderungen**
Tyrolia-Verlag, Oktober 2019
ISBN 978-3-7022-3788-2
Preis: € 10,00
Auch als E-Book erhältlich:
ISBN 978-3-7022-3789-9
Preis: € 7,90



Josef P. Mautner (Hg.)
**Regionale Menschenrechtspraxis
Herausforderungen –
Antworten – Perspektiven**
Mandelbaum-Verlag,
November 2018,
ISBN 978385476-578-3
320 Seiten
Preis: € 17,00

Was ist das Zentrale am Christentum? In Zeiten von Priestermangel und Gläubigenschwund auf der einen und einer neoliberalen Politik auf der anderen Seite erschallt der Ruf, die Kirchen mögen sich auf ihren „Markenkern“ konzentrieren. Doch was ist das? Für die Initiative „Christlich geht anders“ zeigt sich der Glaube an Jesus Christus im Umgang mit den Benachteiligten und Ausgeschlossenen, mit denen sich Jesus identifiziert. Die AutorInnen plädieren daher in diesem Buch für ein engagiertes Auftreten der Christen und Christinnen, auch in Fragen von Politik und Gesellschaft: für Solidarität mit den Armen und Schwachen, für ein gerechtes und soziales Steuersystem, gegen Ausgrenzung und Angstmache.

Mit Beiträgen von Magdalena Holztrattner, Rainald Tippow, Gabriele Kienesberger, Elisabeth Mayer, Regina Polak, Markus Inama SJ, Martin Schenk, Stephan Schulmeister, Thomas Hennefeld, Margit Appel u.a.

In den letzten Jahrzehnten hat sich ein vielfältiges Netz von Menschen, Gruppen und Organisationen gebildet, die sich in ihrem Heimatort, in ihrem Stadtteil, in ihrem sozialen Umfeld für Menschenrechte engagieren.

In diesem Buch kommt eine lebendige, gelebte Menschenrechtskultur zu Wort. Die AutorInnen der Beiträge eröffnen einen Blick auf eine offene und vielfältige Zivilgesellschaft.

Mit Beiträgen von Ute Bock, Josef P. Mautner, Mark Terkessidis, Volker Frey, Simone Philipp, Ursula Liebing, Heiner Bielefeldt u.a.

Zum Kennenlernen bietet ZEITZEICHEN ein Schnupperabo an:

Bestellen Sie Ihr Gratis-Probeabo für 3 Ausgaben

per Post:

senden Sie Name und Bezugsadresse an:
ZeitZeichen, KABÖ,
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien

oder per E-Mail:

kab.office@kaoe.at

Österreichische Post AG
MZ 02Z031417 M
Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien